Münsterländische

Rheiner Bo

Amtlicher Anzeiger für Stadt

Organ der Zentrums

Bezugspreis: Monatlich frei durch unsere Boten ins Haus, sowie von der Geschäftsstelle abgeholt 5.00 Mk., im voraus zahlbar durch die Post frei ins Haus 15 — Mk. vierteljährlich. Die M. V. erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Druck und Verlag von Joseph Klumpen in Rheine. Hauptgeschäftsstelle und Redaktion: Bahnhofstraße 2. Fernsprecher Nr. 352. — Telegramm-Adresse: Volkszeitung Rheine (Westf.) — Postscheckkonto Cöln Nr. 40394. — Postschließfach Rheine Nr. 75. —

Wöchentliche Beilagen: Für Unterhaltung: „Sonntagslese"; für Landwirtschaft: „ und

Nr. 247 265 Donnerstag, den 17. Novembe

Die Bedrohung der „Deutschen Werke"

Die Note der Deutschen Regierung

wtb. **Berlin**, 16. Nov. (Drahtbericht.) Das Auswärtige Amt hat das nachstehende Schreiben an den Vorsitzenden der interalliierten Militärkommission gerichtet; zugleich ist der deutsche Botschafter in Paris beauftragt worden, der Botschafterkonferenz eine Note gleichen Inhalts zu übermitteln.

Die ehemaligen Werkstätten des Heeres und der Marine sind schon alsbald nach dem Ausbruch der Revolution einer völligen Führung sensi sensi „.„ :"ENJAT RDGOW WQHW LHW-AB Umgestaltung unterzogen worden. Die anfängliche planlose Führung der Betriebe wurde einer Zentralleitung übertragen, der es oblag, geordnete Verhältnisse in den Werken zu schaffen und diese ohne Verzug auf friedenswirtschaftliche Arbeit umzustellen. Aus verschiedenen Gründen wurde hierfür die Form des privatwirtschaftlichen Unternehmens gewählt.

Die Umgestaltung der Werke in diesem Sinne war bereits erfolgt, als die Friedensbedingungen bekannt wurden. Schon zu dieser Zeit hatten also die vormaligen „Reichswerke" aufgehört, Heeresgutfabriken im Sinne des Artikels 168 des Vertrages zu sein. Um aber völlige Gewißheit darüber zu haben, daß nicht etwa auf Grund dieses Artikels zu einer Schließung der Betriebe geschritten und damit die Existenz vieler Tausender von Arbeitern vernichtet werden mußte, wurde der Antrag an die Botschafterkonferenz gerichtet, sie möge sich mit dem Fortbestehen der Werke einverstanden erklären. Die Botschafterkonferenz hatte diesem Antrag durch die Note vom 10. Februar 1920 stattgegeben und ihr Einverständnis an die alleinige Bedingung der Umstellung auf die Friedenswirtschaft geknüpft. Irgendwelche Forderungen wegen deszu wählenden Fabrikationsprogramms hat sie nicht erhoben.

Die von der Botschafterkonferenz gestellte Bedingung ist in vollem Umfange erfüllt. Mit sehr großem Kostenaufwand ist die dauernde Umstellung der Werke auf reine Friedensarbeit überall durchgeführt. Daß dabei für die Wahl des Fabrikationsprogramms die vorhandenen Maschinen, Einrichtungen und Materialien sowie die Fachkenntnisse der in den Werken beschäftigten Arbeiterschaft mitbestimmend waren, ist selbstverständlich, zumal die Botschafterkonferenz sich ja gerade mit Rücksicht auf die Weiterbeschäftigung dieser Arbeiterschaft mit der Erhaltung der Betriebe einverstanden erklärt hatte. Das nach diesen Gesichtspunkten gewählte Fabrikationsprogramm ist der Militärkontrollkommission niemals vorenthalten worden; die Umstellung der Werke ist vielmehr unter ihren Augen, unter ihrer täglichen, genauen Kontrolle vor sich gegangen. Sie sind auch bisher offenbar der Ansicht gewesen, daß der von der Botschafterkonferenz gestellten Bedingung Genüge geschehen war, denn sie haben bis in die neueste Zeit in keinem Falle Widerspruch erhoben. Nach jahrelanger, mühevoller Arbeit glaubte die Leitung der Deutschen Werke, die mit der Umstellung verbundenen ungeheuren Schwierigkeiten überwunden und eine gesunde wirtschaftliche Basis gefunden zu haben, die ihrer Arbeiterschaft eine bleibende, sichere Existenz gewährleistete. Da setzte plötzlich Schlag auf Schlag eine Reihe von Maßnahmen der Kommissionen ein, die im völligen Widerspruch mit ihrer bisheriger Haltung und mit dem Beschluß der Botschafterkonferenz vom 10. Febr. 1920 den durch diesen Beschluß garantierten Fortbestand der Werke aufs äußerste gefährden.

Die einzelnen Maßnahmen und ihre Wirkungen sind in der Anlage 1 dieses Schreibens dargelegt. Es ergibt sich aus den dort gemachten Ausführungen, daß die Erfüllung der Forderungen der Kommissionen in ihrer Gesamtheit die Schließung ganzer Betriebe zur Folge haben und damit nicht nur alles bisher Geleistete zunichte machen, sondern auch Tausende von Arbeitern um ihre Existenz bringen würde.

Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß sie kein Verschulden trifft, aus dem sich dieser plötzliche Stellungswechsel erklären ließe. Alle Forderungen auf Zerstörung, Umbau und Entfernung von Spezialmaschinen für die Herstellung von Kriegsmaterial, auf Vernichtung von Loren und sonstigen Geräten, auf Umgestaltung ganzer Gebäude und einzelner Einrichtungen sind, so weitgehend sie auch waren, erfüllt worden, um den Betrieben ein für alle Mal den Charakter von „Heeresgutfabriken" zu nehmen. Werte von vielen Millionen sind so vernichtet worden. Mit welcher Gründlichkeit dabei vorgegangen ist, ist in der Anlage 2 im einzelnen dargetan. Jede Gefahr einer Wiederumstellung auf die Fabrikation von Kriegsgerät ist damit beseitigt. Dafür, daß die Beseitigung eine dauernde ist, bürgt nicht nur die rücksichtslos ausgeübte Kontrolle der Kommissionen — auch die deutsche Regierung und die Arbeiterschaft stehen dafür ein.

Die deutsche Regierung verkennt nicht, daß es die Aufgabe der Kontrollkommission ist, die Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages und die Durchführung des Beschlusses vom 10. Februar 1920 auf das schärfste zu überwachen; sie hat sich in dieser Erkenntnis und um auch nur den Anschein der Obstruktion zu vermeiden, so mancher Maßnahme gefügt, deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit sie nicht erkennen konnte. Im vorliegenden Falle aber muß sie Einspruch erheben, weil die neuen Forderungen der Kommissionen nicht nur ungerechtfertigt, sondern auch geeignet sind, in ihren Auswirkungen schwerste Beunruhigung in weite Kreise des deutschen Volkes zu tragen und die Wiedergesundung des deutschen Wirtschaftskörpers ernstlich zu beeinträchtigen.

In Zusammenfassung der in den Anlagen 1 und 2 enthaltenen Darlegungen bittet die deutsche Regierung die Kommission, sich in Abänderung der erhobenen Forderungen damit einverstanden zu erklären, daß

1. in Erfurt und Spandau-Haselhorst die Fabrikation von Schußwaffen und Munition für Jagd und Sport in der bisherigen Art und im bisherigen Umfange weiterhin gestattet wird (Aufhebung der Note vom 28. September 1921);
2. im Werke Wolfgang die Herstellung von Kollodium und Nitrozellulose zur Herstellung von Filmwolle und Kunstleder gestattet wird und auch die übrige Fabrikation (Schmirgelpapier, Waggon- und Lokomotivenreparaturen und anderes) unter Belassung der dazu erforderlichen Werkseinrichtungen weiter zugelassen werden (Aufhebung der Note vom 30. September 1921 sowie Nachprüfung und Einschränkung der Zerstörungsforderungen der Distriktskommission Frankfurt a. M. bezüglich der Anlagen im Werke Wolfgang);
3. im Hüttenwerk Spandau der Ausbau des geplanten Walzwerkes genehmigt wird (Note vom 9. September 1921);
4. a) die von der Distriktskommission Berlin bezüglich der Werke Spandau-Haselhorst und von der Distriktskommission Frankfurt a. M. bezüglich des Werkes Erfurt getroffenen Anordnungen auf Zerstörung oder Zerstreuung dringend benötigter, zum Teil für das Friedensprogramm neu beschaffter Maschinen nachgeprüft und beschränkt werden;
   b) die Neubeschaffung notwendiger Maschinen nicht unterbunden und ausgleichender Transport von Werk zu Werk nicht gesperrt wird;
   c) für die trotz vorstehender Nachprüfung und Beschränkung noch zerstörungspflichtig bleibenden Maschinen eine Verkaufsfrist zugestanden wird, die den Bedingungen geordneter und rentabler Geschäftsführung Rechnung trägt;
5. die durch den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 21. September 1921 geforderte Beschränkung der Verfügungsberechtigung der Deutschen Werke A.-G. über die Rohmaterialien der Werke aufgehoben wird.

Anlage 1 der Note enthält eine eingehende Zusammenstellung der von den Kontrollkommissionen gegen die verschiedenen Betriebe der Deutschen Werke A.-G. gerichteten Maßnahmen und eine Darstellung der Folgen, die sich für den Bestand der Werke aus der Durchführung dieser Maßnahmen ergeben würden.

In Anlage 2 sind die Zerstörungen und sonstigen Maßnahmen geschildert, die auf Anordnung der Kontrollkommissionen in den einzelnen Betrieben durchgeführt worden sind, um den Werken den Charakter von „Heeresgutfabriken zu nehmen und sie auf eine reine Friedensarbeit umzustellen.

Die Abrüstung zu Lande

Italienisch-französischer Zusammenschluß? — Die Verkleinerung der polnischen Armee. — Die „Abrüstung" Frankreichs.

wtb. **Newyork**, 16. Nov. (Drahtb.) **Einer Meldung des „Newyork Herald" zufolge verlautet dort, daß die italienische und englische Delegation beabsichtigen, die Landabrüstungsfrage als wichtigsten Punkt in aller Bälde zur Sprache zu bringen. Der Plan der englischen Delegation beziehe sich auch auf die polnische Armee. Italien werde u. a. verlangen, daß die französische Armee in annähernd demselben Maße wie die italienische verkleinert werde.**

Havas meldet aus Washington: **Briand und Schanzer sind dahin übereingekommen, daß Frankreich und Italien in den vor die Konferenz gelangenden Fragen gemeinsam vorgehen sollen. Diese Abmachung gelte nicht nur für Abrüstungsfragen, sondern auch für die Besprechung des Stillen Ozeans und des fernen Ostens. Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant" in Washington will wissen, daß die Einbringung eines Vorschlages für die Abrüstung zu Lande entweder von englischer oder italienischer Seite unmittelbar bevorstehe. Briand habe sich gestern abend mit der englischen Delegation besprochen. Im Laufe der bevorstehenden Erörterung werde vielleicht Polen wegen seiner 300 000 Mann starken Armee Schikanen ausgesetzt sein. Italien mit seinen 200 000 Mann werde vielleicht mit Rücksicht auf seine Bevölkerungsziffer eine Einschränkung vornehmen. Was Frankreich anbelange, so werde es vor der Konferenz den Beweis dafür liefern, daß Rußland heute 1 600 000 Mann mit 500 000 Bajonetten und starker Kavallerie unter Waffen habe und morgen 12 000 000 Menschen mobil machen könne. Die französische Delegation werde ferner auseinandersetzen, daß Deutschland einen Grundstock von 250000 Mann besitze und ohne weiteres 7 Millionen Soldaten mitsamt den nötigen Gewehren, Maschinengewehren und Flugzeugen aufbringen könne. Die französische Delegation werde auch klarlegen, daß England mit den Dominions ein Heer von 700000 Mann habe. Es müsse also Frankreich mit seinen Kolonien gestattet sein, 657 000Mann zu unterhalten, davon 300000 Mann im Landesinnern. Beim Waffenstillstand hätte Frankreich 4 780 000 Mann gehabt. Wirksame Garantien vorausgesetzt, so werde die französische Delegation sagen, Frankreich werde gern seine Armee noch mehr einschränken.**

Der englische Standpunkt

wtb. **London**, 16. Nov. (Drahtb.) Der bekannte Marinesachverständige des „Daily Telegraph", Archibald Hurd, behauptet, daß die amerikanischen Vorschläge sich mit einem Plan decken, der bereits vor ziemlich langer Zeit von der britischen Admiralität ausgearbeitet worden sei. Aus seinen Betrachtungen geht hervor, daß Hughes Plan im gewissen Sinne nicht überschätzt wird, weil er lediglich bezwecke, alle Schiffe, die jetzt schon der Reserve angehören oder bald dazu übergehen sollen, von der Gesamtstärke zu streichen. Was, etwas, sagt Hurd, war England seit Kriegs- Weise getan hat, da es über Bestellungen nach auswärts werden postw. erledigt 30 Großkampfschiffe für den [illegible] diesen 30 Großkampfschiffen [illegible] so daß England noch 22 übrig b[illegible] Japan je 10 übrig behalten. Le[illegible] britischen Reichs macht es weiter Fuß die Tauchboote entweder völlig schiner

die Grenze für ihren Wirkungsradius festgesetzt w[illegible] land wird daher wahrscheinlich beantragen, daß die Zahl von 90 000 Tonnen für Tauchboote noch weiter herabgesetzt werde. Hingegen wird es eine Vergrößerung der Zahl und Tonnage der Mutterschiffe für Flugzeuge, von welcher Sorte England kein einziges neues Schiff besitzt, während Amerika darin gerade eine Spezialität gemacht hat, beantragen.

Der Parlamentsberichterstatter der „Daily News" schreibt, die großen englischen Rüstungskonzerne seien über die Vorschläge auf der Washingtoner Konferenz, die ihre Interessen berührten, sehr beunruhigt. Die „Morning Post" berichtet, daß von einem großen Sturz in Rüstungsaktien, und zwar der Aktien von Eisen- und Stahlwerken abgesehen, die amerikanischen Vorschläge keinerlei Einfluß auf die englische Effektenbörse hätten. Die „City" sei der Meinung, daß es verfrüht werde, einem am ersten Tage der Konferenz unterbreiteten Vorschlage zu große Bedeutung beizumessen. Sie sei außerdem der Meinung, daß Großbritannien die Frage der Verteidigung nicht nur von dem Standpunkt des gesamten britischen Reiches aus betrachten müsse.

Das Kabinett zum Angebot der Industrie

Ablehnende Haltung. — Positive Vorschläge

wtb. **Berlin**, 16. November. (Drahtbericht.) **Nachdem sich das Reichskabinett vorgestern, wie gemeldet, hauptsächlich mit dem Reparationsproblem beschäftigt hatte, beriet es in seiner gestrigen Sitzung, die von 5 Uhr bis kurz nach 7 Uhr dauerte, im Zusammenhange mit der Reparationsfrage vornehmlich über die Bedingungen der Industrie für ihr Kreditangebot. Die Stimmung des Reichskabinetts war, wie verlautet, fast ausnahmslos gegen die Vorschläge des Industrieverbandes. Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen hielt man eine Entstaatlichung der Eisenbahnen für nicht möglich. Da sich die Reichsregierung wahrscheinlich nicht damit begnügen dürfte, die Industrieforderungen abzulehnen, sondern voraussichtlich auch positive Vorschläge machen wird, so wurde in der gestrigen Kabinettssitzung auch die Frage besprochen, auf welche Weise sich eine größere Wirtschaftlichkeit bei Post und Eisenbahn erreichen ließe. Vornehmlich wurden gewisse Änderungen im inneren Betriebe erörtert. Maßgebende Kreise stehen bezüglich der Eisenbahnverwaltung auf dem Standpunkt, daß sich eine größere Wirtschaftlichkeit neben anderen Maßnahmen besonders durch Zubilligung gewisser privatwirtschaftlicher Freiheiten an die Reichseisenbahnleitung ermöglichen ließe, ein Gedanke, der auch bereits in dem Eisenbahnfinanzgesetz niedergelegt ist. Diese privatwirtschaftlichen Freiheiten würden sich u. a. beispielsweise auf die Verrechnung von Aufträgen, die gesamte innere Buchführung des Verkehrsministeriums und ähnliches beziehen. Daß die Reichsregierung in der morgigen Sitzung des Reichstages von sich aus eine Erklärung über ihre Haltung zu den erhobenen Forderungen abgeben wird, ist kaum anzunehmen. Sollte jedoch im Verlaufe der Erörterung dieser Gegenstand zur Sprache kommen und eine Antwort der Regierung erforderlich sein, so wird der Reichskanzler voraussichtlich die Ansicht des Reichskabinetts unzweideutig bekanntgeben. In Parlamentskreisen verlautet, daß die Regierung in ihrer gestrigen Sitzung einen ablehnenden Beschluß gefaßt habe. Da die Kabinettsberatungen streng vertraulichen Charakter trugen, war nicht mit Sicherheit festzustellen, ob diese Angabe zutrifft. Bei der Stimmung innerhalb des Kabinetts spricht eine starke Wahrscheinlichkeit für solche Annahme.**

Munitionsfund in Potsdam

Durchsuchung durch die Ententekommission

wtb. **Berlin**, 17. Okt. (Drahtb.) **Am Sonnabend, den 12. d. M., hat in Potsdam in der Kaserne des früheren 1. Garde-Ulanen-Regiments, jetzt belegt mit Teilen des Reiterregiments 4, eine Ententekommission die Durchsuchung eines Stalles verlangt, unter dem nach einer Denunziation Munitionsmengen verborgen sein sollten. Die Truppe ließ sofort den Stall militärisch absperren und am nächsten Morgen nach weiterer Verständigung mit der Kommission die Durchsuchung bereitwilligst ausführen. Es wurden 249 Kisten Munition gefunden, die dort mindestens 2 Jahre gelagert haben muß, so daß die jetzige Truppe und die jetzt vorgesetzten Dienststellen in keinerlei Beziehung zu ihr gebracht werden können. Die Munition wurde der Reichstreuhandgesellschaft abgegeben. Es handelt sich um Patronen für Maschinenpistolen, die in der Reichswehr nicht geführt werden.**

Die Benzinexplosion bei Wiesbaden

wtb. **Frankfurt am Main**, 17. N[illegible] Benzinkatastrophe bei Wiesbaden wir[illegible] Arbeiter verschüttet sind. Bisher [illegible] glücklichen geborgen werden, der b[illegible] wundungen starb. Etwa 40 Men[illegible] schwer verletzt. Mit denen, die [illegible] werden, dürfte die Zah[illegible] typen beteiligten F[illegible] durch erschwert „da[illegible] en ist ganz b[illegible]

Wäsche wird innerhalb 24 Stunden tadellos gebügelt.

Petri u. Co., Münster i. Westf.

Neubrückenhof. 1 Etg. Keine Schaufenster, nur 1. Et.

Technikum Lemgo.

… zu erhöhen. Der monatliche Be… vember dieses Jahres 250 Mark. …gen von Lodz kosten im Straßen… 40 Mark, das Monatsabonnement … Mark, die acht-gespaltene Nonpa… -gespaltene im Reklameteil 200 M., Mark usw. Auslandsabonnements 100

…ertigt hohe Margarinepreis

…aluta als Sündenbock

…and, Sitz Berlin, hat bekanntlich aber… der Margarinepreise vorgenommen, so …en Sorten auf 31—35 Mark das Pfund … noch entsprechend teurer für den Ver… Die Valuta soll … diese Erhöhung … aber nicht, wenigstens nicht in dem …es niedrigen Valutastandes vom vorigen …, diese der Margarineindustrie zwar Reichsunterstützung …, diese war aber nicht so hoch, daß der jetzige Markkurs eine dertartige Steigerung der Margarinepreise rechtfertigen könnte. Der Verband hat seiner Ankündigung in Berliner Blättern eine bewegte Schilderung der Industrielage mit auf den Weg gegeben und appelliert sozusagen an das öffentliche Mitleid. Das weiß auch im übrigen Deutschland bekannt werden, was z. B. der „Berliner Lokal-Anzeiger" entgegnet. Das Blatt sagt, daß man mit der Begründung des Margarineverbandes nicht mitkönne, und schreibt: „Daß die Fabriken, die zum Teil ganz außerordentlich kapitalkräftig sind, nicht in der Lage waren, zurzeit, als die Mark viel besser stand, große Vorräte einzukaufen — sich einzudecken — glauben wir nicht. Im Interesse der smarten Kaufleute, die an der Spitze stehen, möchten wir es auch nicht glauben, denn es würde dies einen Mangel an kaufmännischer Voraussicht verraten, den wir ihnen nicht zutrauen. Daß aber die Industrie billiger hergestellte Margarine den Konsumenten zu den durch die spätere Lage des Devisenmarktes, als daß sie das Risiko eines Verlustes ganz auf das Publikum abwälzt. Wenn nun der Gulden sinkt, verkauft sie dann die aus verteuerten Rohstoffen hergestellte Ware billiger? Es fällt ihr nicht im Traum ein. Am 9. November notierten 100 Gulden nicht mehr 10 489 Mark, sondern nur 8691,30 Mark, was ja immer noch rasend hoch ist, aber gegen die Notierung vom 7. November doch einen erheblichen Rückgang bedeutet. Wird dieser Rückgang in den nächsten Preisfestsetzungen zum Ausdruck kommen? Wir fürchten, es wird nicht der Fall sein. Daß die Margarineindustrie das Reichsernährungsministerium von der Preiserhöhung in Kenntnis gesetzt hat und ihre Kalkulation nachprüfen lassen will, besagt gar nichts. Das hat sie erst getan, als die Presse gegen die sprunghaften Erhöhungen Front machte. Nun die Nachprüfung durch die Beauftragten des Ministeriums — Beamten gegen smarte Kaufleute —, was dabei herauskommt, weiß man, und bestenfalls wird das Ergebnis bekannt werden, wenn Margarine eine für Millionäre erschwingliche Delikatesse geworden sein wird."

= **Gegen die Angst- und Hamstereinkäufe in Rheine!** Das Bürgermeisteramt Rheine schreibt uns: Seit einigen Tagen hat ein fieberhafter Gewinntaumel im Groß- und Kleinhandel eingesetzt. Diesen die Allgemeinheit schädigenden Zuständen kann durch die Einsicht der Verbraucher wesentlich Einhalt getan werden. Sinnlose Angstkäufe, die in steigendem Maße zu beobachten sind, müssen unter allen Umständen unterlassen werden. Wenn Streichhölzer kistenweise erstanden, in feuchten Kellern eingelagert und dem Verderben ausgesetzt, wenn Teppiche und andere nicht unbedingt notwendige Waren eingekauft und über den gegenwärtig und in absehbarer Zeit benötigten Bedarf hinaus angehäuft werden, muß naturgemäß eine Nachfrage einsetzen, der Industrie und Handel nicht gewachsen sind. Die übermäßige Inanspruchnahme des Marktes führt zu einer Steigerung der Preise und schädigt diejenigen Teile der Bevölkerung, die aus Mangel an Mitteln sich in ihren Anschaffungen auf das Nötigste beschränken. Ein bedenklicher Rückschlag mit schwersten Folgen für den heimischen Arbeitsmarkt ist eine weitere in absehbarer Zeit zu erwartende Folge der Angst- und Hamsterkäufe. Das unwirtschaftliche Treiben der Hamsterer entzieht aber auch wichtige Waren und Rohstoffe ihrer Bestimmung und setzt sie dem Verderben aus, so daß sie der verarmten Volkswirtschaft dauernd verloren gehen.

)) **Eine Zeitungsnummer — 14 Kronen!** Wie aus Wien gemeldet wird, mußte die Vereinigung der österreichischen Tageszeitungen infolge der fortgesetzt steigenden Papierpreise, der Mehrung der Ausgaben für alle sonstigen Rohstoffe und der … erneut die Bezugspreise in die Höhe schrauben. Der monatliche Bezug für die Neue Freie Presse kostet nun 400 Kronen; eine Einzelnummer wird im Straßenhandel für — 14 Kronen verkauft.

= **Rheiner Hilfe für Oppau.** An Spenden für die Hinterbliebenen der Opfer des Oppauer Unglücks gingen ferner bei uns ein:

Vom Junggesellen-Schützenverein Rheine-Eschendorf	321.05 Mark
Hierzu bisher veröffentlicht	4670,45 Mark
Zusammen	4991.50 Mark

Weitere Spenden nimmt die Geschäftsstelle der „Münsterländischen Volkszeitung" gern entgegen und werden baldigst erbeten.

⊙ **Kommt Rheine in die Ortsklasse B?** Der neue Entwurf des Ortsklassenverzeichnisses liegt nunmehr vor. Leider muß festgestellt werden, daß die Einstufung vieler westfälischen Orte den tatsächlichen Notwendigkeiten stracks zuwiderläuft. Wie man hört, sind am letzten Freitag die westfälischen Reichs- und Landtagsabgeordneten aller Parteien im Reichstagsgebäude zusammengetreten, um zu der Vorlage Stellung zu nehmen. Von Hand der Vorlage legte Abg. Baumhoff-Hagen die Unzulässigkeit der Einstufungen und ihre Oberflächlichkeit dar. Einmütig war man der Ansicht, daß eine solche Vorlage nicht Gesetz werden dürfe. In einer längeren Denkschrift wurden die zu fordernder Mindesteinstufungen festgelegt und dem Reichsfinanzministerium überreicht, so daß die Hoffnung besteht, daß noch Höhereinstufungen erfolgen werden. Wie uns ein Abgeordneter auf Anfrage mitteilt, hat die oben erwähnte Sitzung der westfälischen Abgeordneten die Einstufung von Rheine und Münster für A verlangt. Ob ihr Verlangen Erfüllung findet, steht freilich noch nicht fest. Immerhin braucht man den Kampf der hiesigen Beamtenschaft um Einstufung von Rheine in A noch nicht als verloren zu betrachten. Es ist dringend zu wünschen, daß der berechtigten Forderung der Beamten endlich entsprochen wird.

= **Lichtbildervortrag über Entstehung und Gewinnung der Steinkohle.** Am Freitag, den 18. November, findet abends um 8 Uhr in der Aula unseres Gymnasiums ein Lichtbildervortrag statt, über die Entstehung und Gewinnung der Steinkohle. Zur Deckung der Unkosten und Anschaffung von geologischen Sammlungen wird für Erwachsene ein Eintrittsgeld von 2 ℳ, für Schüler von 1 ℳ erhoben.

× **Der Elternabend des DHV. in Rheine** am Dienstagabend war gut besucht, nur ließ die Teilnahme der Eltern viel zu wünschen übrig. Der nächste Abend wird jedenfalls auf einen Sonntag gelegt; auch wird das Interesse der Eltern bis dahin mehr geweckt sein. Die Veranstaltung selbst verlief gut. In bunter Reihenfolge wechselten sich Gesang- und Musikvorträge, Ansprachen, Rezitationen, sowie allgemeine Lieder ernsten und heiteren Inhalts ab. Besonders hervorzuheben ist der Vortrag des Herrn Koll. Elvert-Münster über den Zweck und das Ziel der Jugendbewegung im DHV. Er zeichnete in markigen, zu Herzen gehenden Worten die Aufgaben der Jungmannen, indem er das Leipziger Bekenntnis erneuerte, welches anläßlich der Reichs-Jugendtagung des DHV. zum Ausdruck gebracht wurde. Es lautet: „Wir, die Kaufmannsjugend im DHV. wollen an Leib und Seele ganze Männer werden und im Berufe die Tüchtigsten sein. Wir wollen in der Lehre und durch Eingliederung in unsere Gewerkschaft rastlos und freudig an uns arbeiten. Wir wollen durch unsere Arbeit im Leben, im Beruf und in der Gewerkschaft unserem Volke dienen, dem wir uns aufs innigste verbunden fühlen." Atemlose Stille herrschte, als das Lied „Ich hatte einst ein schönes Vaterland" vorgetragen wurde. Der Abend kann als recht gut gelungen bezeichnet werden. Zahlreichen Beifall ernteten die Mitwirkenden, welche ohne Ausnahme DHV-Kollegen waren. Die Jugendabteilung hatte einige Neuaufnahmen zu verzeichnen.

(**Mutterberatung Mesum.** Des Feiertags halber findet die Sprechstunde in dieser Woche am Donnerstag, den 17. ds. Mts., nachm. von 3—4 Uhr im Schwesternhause statt.

Vereins-Kalender

Zentralverband christl. Textilarbeiter. Donnerstag (heute) den 17. ds. Mts., abends 7 Uhr wichtige Versammlung des Vorstandes, der Vertrauenspersonen, Betriebsräte, Betriebsdelegierten und Arbeiterinnenkommission.

Theaterabteilung des kathol. Arbeitervereins. Am Freitag, den 18. Nov., abends 8 Uhr Generalversammlung. Anschließend Rollenverteilung zum Wintertheater. Strenge Pflicht eines jeden Spielers ist es, zu erscheinen. Eine Stunde vorher Vorstandssitzung.

Kathol. Gesellenverein. Donnerstag, den 17. November, abends 8.30 Uhr Religionsvortrag mit anschließendem Diskussionsabend.

× **Arbeitsgemeinschaft Rhein.-Westf. Lehrer- und Lehrerinnenverbände.** Zur neuen Besoldungsordnung faßte die Arbeitsgemeinschaft Rhein.-Westf. Lehrer- und Lehrerinnenverbände in ihrer Sitzung am 13. November in Dortmund einstimmig folgenden Beschluß: „Die A.-G. erhebt schärfsten Einspruch gegen die unsoziale Gestaltung der Beamten- und Lehrerbesoldung, die gegenüber der wirklichen Teuerung das Einkommen der unteren und mittleren Gruppen nicht ausreichend erhöht; sie erwartet daß alsbald eine grundlegende gerechte Umgestaltung der Besoldungsordnung mit dem Ziele der Heraufsetzung der Gehaltssätze für die unteren und mittleren Gruppen in die Wege geleitet wird."

)) **Zeitungspreise in Polen.** Die im Verlage der Thorner Druckerei A.-G. erscheinende Thorner Zeitung hat sich genötigt gesehen, mit sofortiger Wirkung den Zeilenpreis von 20 auf 30 Mark und den Verkaufspreis für die einzelne Zeitungs-

---

41

Liebe erweckt Liebe.

Originalroman von H. Courths-Mahler.

Nachdruck verboten.

„Du darfst alles tun, was dir Freude macht und was du wünschest."

Sie sah ihn mit großen, ernsten Blicken an.

„Ach, Hans, mir ist, als wäre es dein wichtigster Lebenszweck, mir immer nur Freude zu bereiten, mich mit deiner Güte zu überschütten. Mit vollem Herzen streust du deine Wohltaten über mich aus, mit einer Selbstverständlichkeit, als könnte es gar nicht anders sein. Und ich — ich stehe immer mit leeren Händen dir gegenüber. Es schmerzt mich, daß ich dir nichts vergelten kann; es beschämt mich, daß ich so arm bin und immer nur nehmen kann. Das wollte ich dir schon längst einmal sagen."

In seinen Augen flammte es für einen Moment auf, aber …lickte gleich wieder ruhig und beherrscht.

„… Geduld! Deine Stunde wird kommen", sagte …t fuhr er laut fort:

„…ie reich du bist, Fee. Schon dadurch, …r teilst, belohnst du mich fürstlich — …für bedürfe, daß ich dir das Leben …achen suche. Das ist doch einfach …

… jetzt wieder so ru… …gung in ihm spü… …igte er sich fo…

„…er grü…

10. Kapitel.

Am nächsten Morgen verabschiedete sich Hans Ritter gleich nach dem Frühstück von seiner Frau, um seinen Geschäften nachzugehen.

Es war ein schöner, warmer Maientag. Ueber Nacht war ein warmer Regen niedergegangen und nun schien es, als käme das frische Grün zusehends hervorgeschossen. Der große, wohlgepflegte Garten, der Villa Ritter von allen Seiten umgab, hat in diesem jungen Blätter- und Blütenschmuck einen reizvollen Anblick.

Fee sah ihrem Gatten nach, wie er über den kiesbestreuten Weg zur Gartenpforte schritt, wo das Auto hielt. Unbewußt freute sie sich an seiner aufrechten, schlanken Gestalt, an seinen elastischen Bewegungen. Sein Aeußeres verriet gar nicht seine Abstammung; er hatte seinen Körper in der Gewalt wie sein ganzes Wesen.

Als das Auto verschwunden war, suchte Fee zunächst Frau Holler auf, um sich von ihr in allerlei häusliche Geschäfte einweihen zu lassen.

Hans würde erst zum Diner zurück sein, hatte er ihr gesagt; das wurde um zwei Uhr eingenommen. Da hatte sie viel Zeit und konnte gleich am vormittag ihre Schwiegermutter besuchen. Sie gestand sich nicht ein, daß es ihr mit diesem Besuche nur deshalb eilte, weil sie sich von der Mutter oft die Fragen beantworten lassen wollte, auf die ihr Hans die Antwort verweigert hatte.

… Wagen anspannen und kurz vor zwölf … dem kleinen Häuschen vor.

… grünte und blühte schon alles …ten ihre bunten Köpfchen aus … Fliederbusch neben der Haustür …lden, die nur halb aufgeblüht …duftelen, als sie aus dem Wagen …Häuschen viel hübscher und mal… …ei ihrem ersten Besuch im Winter.

Die Haustür stand heute weit offen. Fee sah zu ihrem Erstaunen eine Anzahl Frauen herausstreten, eine hinter der andern, einfach gekleidete Arbeiterfrauen. Jede trug entweder einen großen zugedeckten Topf oder einen Korb, in den ein großer Topf gestellt worden war, sorgsam in den Händen. Auch im Hausflur standen noch einige Frauen damit beschäftigt, ihre Töpfe zuzudecken oder sie in die Körbe zu packen. Auf der Schwelle der Küchentür aber stand neben der Weblichen Fees Schwiegermutter in einem schlichten, grauen Wollkleid, das mit einer großen Schürze bedeckt war. Sie händigte soeben der letzten Frau einen Topf ein, aus dem ein kräftiger Duft emporstieg.

Als die schlanke, vornehm gekleidete junge Frau den Hausflur betrat, schauten alle Augen nach ihr hin. Auch Frau Anna Ritter erblickte ihre Schwiegertochter und stieß einen leisen Freudenruf aus:

„Mein Töchterchen!" rief sie, mit frohem Leuchten ihrer stahlblauen Augen.

Und bebend lief sie auf Fee zu, die sie umarmte u. küßte.

Die Frauen staunten mit großen Augen. Frau Anna Ritter wandte sich ihnen lachend zu.

„Nun, trollt euch nur, daß ihr heimkommt, sonst wird das Essen kalt," schalt sie gutmütig, und „die Weblichen" drängte die Frauen zum Hause hinaus und verschwand in der Küche.

Frau Ritter rief ihr nach:

„Nun schnell, Weblichen, daß auch ihre Tochter etwas Warmes kriegt. Wenn Sie gegessen haben, kommen Sie noch einmal rüber gesprungen, vielleicht habe ich noch was für Sie zu tun." —

„Ich komme dir wohl ungelegen, liebe Mutter?" fragte Fee, erstaunt über alles was sie sah.

Frau Ritter schüttelte lächelnd den Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

Die öffentliche Verwalt

...mbau und Ausbau.

Die in Aussicht gestellte, aber anscheinend noch lange nicht in Aussicht stehende Verwaltungsreform hat seit Jahr und Tag eine Unzahl von Vorschlägen und Anregungen Berufener wie Besserwisser gezeitigt. Zieht man aus der bisherigen Literatur das Ergebnis, so überwiegen die Theorien und verdunkeln das praktisch Erreichbare wie Zweckmäßige. Die, aus deren Hand wir die Reform erwarten, tun nicht allzuviel, um die Aussprache auf bestimmte Gebiete zu einer auch für sie fruchtbaren Klärung zu lenken, und die Taktik: „man kann so rum, aber auch so rum," läßt letzten Endes die Geburt eines ziemlichen Wechselbalgs leider nur zu leicht befürchten. Um so mehr ist es daher zu begrüßen, wenn ein höherer Ministerialbeamter sich mit einem offenen Wort hervorwagt und rücksichtslos die Fehler der gegenwärtigen Verwaltungsorganisation aufdeckt, und auch praktisch durchführbare Wege zu ihrer Abstellung nachweist, ohne ängstliches Bestreben, von alten Traditionen um ihrer selbst willen unter allen Umständen etwas mit in die neue Zeit hinüberzuretten. Dieses Zeugnis können wir der im „Verlag für Politik und Wirtschaft G. m. b. H." Berlin W 35, Potsdamer Straße 45) unter dem Titel „Von der öffentlichen Verwaltung" aus der Feder des Ministerialdirektors Dr. Erwin Ritter erschienen Broschüre (Preis 14 Mark) ausstellen.

Es fällt schwer, ohne den Inhalt der ganzen Schrift wiederzugeben, die Kapitel auszuwählen, die von größerem oder minderem Allgemein- wie Spezialinteresse sind. Uns erscheinen die Ausführungen des Verfassers über die Rechte der Selbstverwaltung von besonderer Bedeutung. Ritter bezeichnet den aus verschiedenen Anlässen bekannten Einwand des „Eingriffs in die Rechte der Selbstverwaltung" als nichts mehr und nichts weniger denn ein Schlagwort und untersucht anschließend die Frage, ob in unserer Zeit überhaupt noch von einem Gegensatz zwischen Staats- und Selbstverwaltung die Rede sein könne. Die Staatsverwaltung war nach ihm früher ihrem Wesen nach Herscherverwaltung, die Kommunalverwaltung Volksverwaltung. Die Staatsverwaltung führte in der deutschen Monarchie der Landesherr. Die Landstände hatten nur einen mittelbaren Einfluß durch Bewilligung oder Versagung des Budgets, Wer dem Volke auch in der Verwaltung einen weitergehenden Einfluß einräumen wollte, konnte zwei Wege wählen. Der eine war, bestimmte Akte der Staatsverwaltung von der Mitwirkung gewählter oder ernannter, ehrenamtlich tätiger Staatsbürger abhängig zu machen, der andere, Staatsaufgaben an Körperschaften, insbesondere Gemeinden, abzugeben, die ihre Angelegenheiten selbst verwalteten. Die Ueberweisung einer Staatsaufgabe an eine Kommune mehrte im früheren Staate die Volksrechte und schränkte die Herrscherrechte ein; sie war also eine Frage von hochpolitischer Bedeutung. Selbstverwaltung wurde gleichbedeutend mit Selbständigwerden von der Macht und dem Einfluß des politischen Herrschers. Wer im früheren Staate für die Stärkung der Rechte der Kommunen eintrat, der trat damit zugleich ein für die Rechte des Volkes gegenüber dem Herrscher. Diese staatsrechtlichen Verhältnisse haben sich jetzt von Grund auf geändert. Im neuen Reiche sind diese Gegensätze zwischen Staat und Kommune ausgeglichen. In jeder Gebietskörperschaft — Reich, Land, Kommunen — steht die Macht dem Volke zu. Reichstag und Landtag sind ebenso wie die Gemeindevertretungen Organe des Volkes. Sie üben nur die Rechte aus, die ihnen das Volk in der Verfassung oder in sonstigen Gesetzen übertragen hat. Auch die Staatsverwaltung ist nach dem Volkswillen zu führen, wie er in der Volksvertretung zum [illegible] kommt. Das deutsche Volk verwaltet also im Reich und [illegible] ebenso wie in den Gemeinden seine Angelegenheiten selbst. Ein Land, wie Sachsen, Württemberg, Hamburg, sei in viel höherem Grade ein Selbstverwaltungskörper als z. B. eine preußische Großstadt oder eine preußische Provinz entsprechender Größe. Denn seiner selbständigen Verwaltung unterstehen weit mehr Aufgabenkreise und es besitzt dazu noch mehr das eigene Recht, auf den dem Reich nicht vorbehaltenen Sachgebieten Gesetze zu erlassen, das den Kommunen fehlt. Wenn daher Artikel 127 der Reichsverfassung bestimme: „Gemeinden und Gemeindeverbände haben das Recht der Selbstverwaltung innerhalb der Schranken des Gesetzes", so wiederhole er aus geschichtlichen Gründen nur etwas, was sich in einem demokratischen Staat von selbst verstehe. Wie jeder einzelne Staatsbürger in seiner Freiheit nur insoweit beengt ist, als ein Gesetz dieses bestimme, so seien auch vereinigungen von Staatsbürgern, mögen sie öffentlich-rechtlich [illegible] tur sein, in der Verwaltung ihrer [illegible] beschränkt, als ein Gesetz dies bestim[illegible] Kommunalverwaltung seien daher je[illegible] durch das Wort Selbstverwaltung ge[illegible] Gehe jetzt eine Aufgabe vom Staate a[illegible] der Kommune auf den Staat über, so w[illegible] haber der Macht, es trete nicht an Stel[illegible] oder an Stelle des Volkes der Herrscher[illegible] Volk, nur die politische Körperschaft wo[illegible] Volkes zu einer politischen Sondereinheit[illegible] kleinere politische Körperschaft an die [illegible] ab, so verzichte sie damit nicht auf die [illegible] auch in der höheren politischen Körpersch[illegible] sei sie nicht Vollstreerin eines völlig frem[illegible] Willen, an dessen Bildung sie anteilig [illegible] Stadt umliegende Ortschaften eingemein[illegible] sem Wege, die bei den engen Zusamme[illegible] bewußte Zusammenarbeit erreichen kann, so verfolge [illegible] Zwecke, die ein Staat von gleicher Größe dann erstrebt, wen[illegible] Geltung ha[illegible] seine sämtlichen Gemeinden zur Erfüllung einer Aufgabe zusammenfaßt, also mit andern Worten die Aufgabe selbst übernimmt. Berechtigte Ausdehnung der Selbstverwaltung nannte man früher das erste, Eingriffe in die Rechte der Selbstverwaltung das zweite Ein derartiges Urteil sei heute unberechtigt; eine Eingemeindung sei jetzt ein weitgehenderer Eingriff in die Selbstverwaltung, als die Uebernahme einer Aufgabe durch den Staat nur auf dem besonderen Aufgabengebiete. Die Abgrenzung der Zuständigkeit ganz, bei der Uebernahme einer Aufgabe durch den Staat nur auf dem besonderen Aufgabengebiete. Die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen den politischen Körperschaften sei daher jetzt nicht mehr eine Frage der Volksrechte, sondern eine Frage der wirtschaftlichen, politischen und verwaltungstechnischen Zweckmäßigkeit, die sich mit den Schlagworten: Zutralisation und Dezentralisation ausdrücken lasse

In der Rechtsprechung bemängelt Ritter den fehlenden Zusammenhang. Die Entscheidungen der obersten Gerichte, insbesondere des Reichsgerichts, die doch tatsächlich die Richtlinien für die Auslegung der Gesetze geben, sind mit der Zeit noch zahlreicher und unübersichtlicher geworden, wie die Gesetze selbst. Eine unglaubliche Menge an Zeit und Arbeitskraft werde dadurch unnütz verbraucht, daß in tausenden und abertausenden Einzelfällen Richter und Rechtsanwälte immer und immer wieder aus einem unzusammenhängenden Material heraus feststellen müssen, was in einzel Rechtsfragen die Auffassung der obersten Gerichte sei. Die bisher veröffentlichten Entscheidungen des Reichsgerichts umfassen allein in Zivilsachen 97 Bände mit rund 40 000 Seiten, in Strafsachen 52 Bände mit rund 16 000 Seiten. Eine amtliche Zusammenstellung der noch maßgebenden Entscheidungen gibt es bisher nicht. Die Gesetze und Rechtsverordnungen sind ebenfalls so zahlreich, so wenig geordnet, so vielgestaltig und zum Teil so wenig ausgeglichen, daß ohne jede Uebertreibung behauptet werden könne, es gebe im Deutschen Reiche keinen Menschen, der den geltenden Rechtszustand in seiner Gesamtheit überblickt. Wesentliche Rechtsquelle für das Reichsrecht sind das im Jahr 1871 beginnende Reichsgesetzblatt und, da das Reich Gesetze und Verordnungen des Norddeutschen Bundes übernommen hat, auch das 1976 beginnende Bundesgesetzblatt und da das Reich Gesetze und Verordnungen des Norddeutschen Bundes. Diese Gesetzblätter umfassen bis zum 1. Januar 1921 rund 36 400 Seiten. Viele der darin enthaltenen Gesetze sind längst aufgehoben und geändert; der Inhalt ganzer Gesetzesbände ist dadurch gegenstandslos geworden. Zahlreiche Gesetze haben neue Bestimmungen erlassen, ohne zu prüfen, inwieweit sie materiell oder formell in bestehende Gesetze eingreifen, oder sie haben sich mit der Erklärung begnügt, daß die Gesetze aufgehoben seien, die mit den neuen Bestimmungen in Widerspruch stehen. Welche reichsgesetzlichen Vorschriften noch in Geltung sind, ist daher an sich schon recht unklar; es festzustellen ist für den, der sich einen Ueberblick darüber verschaffen will, auch technisch außerordentlich schwierig, weil es außer dem „Reichsgesetzblatt", das mit seinen 36 400 Seiten für den Handgebrauch völlig unbrauchbar ist, keine amtliche Sammlung der Reichsgesetze gibt. Wir haben Gesetz auf Gesetz erlassen, uns aber niemals entschlossen, den geltenden Rechtszustand in seiner Gesamtheit amtlich festzustellen. Was man von jedem ordentlichen Geschäftsmann von Zeit zu Zeit verlangt, hat der Gesetz[illegible] [illegible]fügung im Widerspruch stehen" ist eine häu[illegible] [illegible]schrift, die nur zu deutlich verrät, daß die an[illegible] [illegible]elbst nicht weiß, was noch gilt und was aufgehoben [illegible] Sie vergißt dabei aber völlig, welche unsägliche Mühe sie [illegible] ihren nachgeordneten Behörden macht, die dann suchen müssen, was die vorgesetzte Behörde nicht gefunden oder festzustellen unterlassen hat. Die Unklarheit der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, verbunden mit der Möglichkeit, wegen ihrer Nichtbeachtung vermögensrechtlich haftbar gemacht zu werden, habe daher bei manchen Beamten zu jener Aengstlichkeit geführt, die den Behördenbetrieb so außerordentlich verzögert. An Stelle des Willens, zu handeln, treten die Bedenken. Der Beamte will nicht selbst entscheiden, sondern möglichst durch höhere Vorschriften gedeckt sein. Die Behörden müßten gezwungen werden, ihre noch gültigen Anordnungen zu sammeln und sachlich geordnet, neu bekanntzugeben. Die Zusammenstellung werde sofort ergeben, daß zahlreiche Erlasse ohne weiteres aufgehoben, zusammengearbeitet oder sonst vereinfacht werden können. Sie werde damit auch Außenstehenden einen Einblick verschaffen, ob die Behörde planmäßig und nach großen Gesichtspunkten arbeite oder sich in Kleinlichkeiten erschöpfe.

Daß auch Arbeit und Methode der Reichsfinanzverwaltung dringend der Verbesserung und Vereinfachung bedürfen und entsprechende Vorschläge demgemäß einen breiten Raum in der Ritterschen Schrift einnehmen, liegt auf der Hand.

Alles in allem, ein treffliches Buch und wohl geeignet, den Verwaltungsreformern ein Vademecum zu sein. Dr. Haneld

Rotationsdruck und Verlag von Joseph Altmeppen, Buchdruckerei und Zeitungsverlag. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Schriftleiter Heribert von Borsig, für den Anzeigen- und Reklam. Karl Joseph Altmeppen, sämtlich in Rheine.
Bei Eintritt höherer Gewalten Papiermangel, Versagen der Lieferungsmittel, wird keine Gewähr für Lieferung geleistet auch nicht für Erfüllung bezüglich Platz und Tag der Aufnahme. Rückzahlung der Bezugsgelder wegen ungenügender Lieferung ausgeschlossen.
Für Aufbewahrung und Zurücksende unverlangter Einsendungen wird keine Gewähr übernommen.

Für Kinder
ist die beste Seife
Steckenpferd Buttermilch-Seife

NESTLE'S
KINDERMEHL
enthält beste Alpenmilch

Sitzung

der Stadtverordneten-Versammlung am Freitag, den 18 November 1921 nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Oeffentliche Sitzung:
1. Einführung des Stadtverordneten Hermann Thiemann als Ersatzmann für den verstorbenen Stadtverordneten F. E. Beil.
2. Gesuch der Allgemeinen Tageszeitung um Vergütung für die amtlichen Bekanntmachungen.
3. Bewilligung der Mittel für die Beschaffung einer Motorfeuerspritze
4. Beschlußfassung über Abänderung der Hundesteuerordnung.
5. Wahl des Schulausschusses für die städtischen höheren Lehranstalten.
6. Beschlußfassung über nebenamtliche Bearbeitung der inneren städt. Volksschulverwaltungsangelegenheiten durch d. Kreisschulrat Dr. Sandmann
7. Schreiben der gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten betreffend Höhe der von der Stadt zu liefernden Zuschüsse zu den geplanten Wohnungsbauten.

Bekanntmachung

In folgenden Lebensmittelgeschäften der Stadt Rheine ist Roggenschrot für Hausschlachtungen gegen Brotmarken zu haben:

Heukamp, Mauve, Overwaul, Witwe Köster, Th. Hues, Willing, Bültel, Bücker, Bd. Wolters, E. Fischer, Forstmann, Heescher, Kettelhack, Syberts, Holthaus, Fräulein Niehues, Brinker, Bernzen, Dusjan, Ww. Wolters, Ww Möller, Metz und H. Schmitz

Die Geschäfte haben die Brotmarken bezw Bescheinigungen an jedem Freitag vormittag zwischen 9 und 12 Uhr im Rathause, Zimmer Nr 5, abzugeben. Auf dem Briefumschlag ist die Zahl der Brotmarken und der Restbestand an Roggenschrot anzugeben

Rheine, den 14. November 1921.

Der Bürgermeister.

Steckrüben-Verkauf.

Heute Donnerstag
Verkauf von gelben Steckrüben
auf dem Güterbahnhof. A. Vinerius.

Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene u. Altrentner.

Die Auszahlung der beantragten Teuerungszuschüsse für die Monate August die November 1921 einschließlich erfolgt am

Freitag, den 18. ds. Mts. vormittags von 1/2 9 bis 12 Uhr

durch die Stadt- bezw. Amtskasse gegen Vorlage der Stammkarte.

Die weitere Auszahlung erfolgt zukünftig durch dieselben Stellen regelmäßig an den Rentenzahltagen der Post monatlich im voraus

Für die geregelte Kassenführung ist es dringend erforderlich, daß die Beträge an den Zahltagen abgehoben werden.

Rheine, den 15 November 1921.

Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene für Stadt und Amt Rheine.

Auf dem Deckel



Rotfroschgestalt innen der Qualitätsgehalt!
Erdal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder!
Alleinhersteller: Werner & Mertz A.-G. M[illegible]

Abgespielte und zerbrochene
Grammophon-Platten sind nicht wertlos
sie werden von mir zu den jeweilig festgesetzten Vergütungspreisen angekauft.
L. A. Rehbock, Rheine,
Bahnhofstr. 4.

Ab heute, bis Sonnabend 7 Uhr kaufe
ich wieder in Osnabrück
Gold-, Silber- und Platin-
Gegenstände aller Art wie Ähren, Ringe, Ketten, Silbermünzen usw. Ich bin diese Woche in der Lage, Ihnen nach dem Stand der Valuta
unüberbietbare Preise
zu zahlen. Kommen Sie selbst und verkaufen Sie nicht an Händler. Fahrgeld wird vergütet.
Edelmetallschmelze H. Diekmann,
Osnabrück, Neuergraben 5.

Wir liefern innerhalb 3 Tagen nach Maß **Damen-, Herren-, Kinderbettwäsche, Brautausstattungen, Blusen, Röcke, Straßen-, Ball- Tanzstunden- Gesellschaftskleider, Mäntel, Kostüme usw.** von den einfachsten bis zu den elegantesten Luxusausführungen, auch aus beigegebenen Materialien.
Stärkewäsche wird innerhalb 24 Stunden tadellos gebügelt.
Bestellungen nach auswärts werden postw. erledigt
E. Petri u. Co,. Münster i. Westf.
Handelshof. 1 Etg. Keine Schaufnster, nur 1. Et.

Technikum Lemgo.
Maschinen[illegible]

Ordentliches, schulentlassenes
Mädchen
für leichte Hausarbeit sofort gesucht.
Näheres **Ferdinandstraße Nr 5.**
hinter der Bahn.

Am Freitag nachm. 5 Uhr wird eine
fette Kuh
ausgehauen
bei Bernh. Schlee, Hörstel rstr. Pfund 11.— Mk.

Habe noch
Stroh
auf Bestellung abzugeben.
Borgmann,
Krummestraße.

Gegen Wanz[illegible]
Radikal
[illegible]

Mädchen vom Lande sucht Stelle als
Stütze od Haushälterin
selbige kann auch im Kolonialwarengeschäft tätig sein.
Näh. zu erfragen: Karolinenstraße 22.

Ich bereite Schüler für die Unter- u. Mittelklassen des Gymnasiums vor, u. erteile ebenfalls in sämtlichen Fächern
Nachhilfe.
Näh Geschäftsstelle

Empfehle mich zur Anfertigung von
Kleidern, Mänteln, Blusen u. Kostümen.
Josefine Kaßmich

Nr. 15

Habe heute in den Räumen des verstorbenen Dr. med. Heesel, Münsterstraße 18 eine

Zahn-Praxis

eröffnet. Zahnziehen, Plomben jeder Art. Anfertigung von künstlichem Zahnersatz in Kautschuk, Gold und unechten Metallen.

Otto Langer, Dentist

- Münsterstraße 18. -

Druckſachen liefert ſchnellſtens Buchdruckerei J. Altmeppen

Dauernde, gewinnbringd. Existenz!

Wohlmuth

Die Wohlmuth-Aktiengesellschaft, deren Erzeugnisse — **hochwertige, ständig viel begehrte, keiner Konjunktur unterworfene Apparate für den Familiengebrauch, seit Jahren tausendfältig bewährt u. vielfach ausgezeichnet** — Weltruf genießen, sucht eine geeignete Persönlichkeit oder seriöse Firma, welche

das alleinige Verkaufsmonopol in Rheine übernimmt.

Gleichzeitig sollen Wohlmuth-Institute für Gesundheitspflege eingerichtet werden. Mehrere hundert derartige Einrichtungen existieren seit Jahren in Deutschland, allerorts werden günstige Erfahrungen gemacht. Erwünscht ist ein Ladenlokal oder bessere Wohnung in guter Geschäftslage, erforderlich für Lagerhaltung ein entsprechendes Betriebskapital. Absolut selbständige, hoch gewinnbringende Dauerexistenz. Die Apparate sind glänzend von ersten Autoritäten begutachtet, bis heute bei über 35000 Familien in Deutschland eingeführt. Abertausende von Anerkennungen liegen vor. Großzügige Propaganda wird seitens der Gesellschaft geleistet. Persönliche fachkundige Anleitung und ständige Unterstützung zugesichert.

G. Wohlmuth u. Co., Aktien-Ges. Furtwangen, (bad. Schwarzwald).

...nlampen

Vornehme Ausführung.

...tterien

Lange Brenndauer.

...irnen

Fernscheinbirnen.

Rheiner Fahrzeughaus

Hermann Beimesche

Markt 7. **Rheine i. W.** Markt 7.



Fordern Sie nicht „Steinhäger" sondern Schlichte

Vertreter: **Ww. Heinrich Heinrichs, Rheine i. W.**

Ziegenzucht-Verein Rheine

Am Sonntag den 20. Nov. nachmittags 3 Uhr im Gesellenverein sehr wichtige

Versammlung

Der Vorstand.

Eine fast neue

Mandoline

und eine große

D-Flöte

zu verkaufen.

Näh. Geschäftsstelle.

Ein neuer schwarzer

Ueberzieher

mittlere Größe und ein feldgrauer

Militär-Mantel

zu verkaufen.

Näh. Geschäftsstelle.

Gebrauchte Schreibtische

für Bürozwecke zu kaufen gesucht.

Angebote unter N. O. 50 an die Geschäftsstelle.

Minlos'sches Waschpulver

Wie ein Narr hängen Millionen daran

Garantiert Friedensqualität überall erhältlich!

Fabrikant:

L. Minlos & Co. A.-G. Köln-Ehrenfeld



Kath. Frauenb...

— Zweigverein Rheine ...

Sonntag, den 20. November, nachm. 5 Uhr

Vortrag

im Paulushause.

„Der sittliche und wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands unter Berücksichtigung der Mitarbeit der Frau."

(Frau Abgeordnete Tusch aus Berlin). Eintritt 1 Mk. Nichtmitglieder sind herzlich willkommen.

Heute Donnerstag abend von 6 Uhr ab

Künstler-Konzert

Bahnhofs-Kaffee

Edmund Hartmann

Münsterländer Schweinezucht Verein

Geschäftsstelle: ...ünster i. W., Schorlemerstraße 8.

1. Eber-Versteigerung u. Bezirks-Zuchtschweine-Markt

in Münster i. W., am Donnerstag, den 24. Nov. 1921, vorm. 11½ Uhr auf dem Hofe der Gaswerke. (Endstation rote Linie, Hafen).

Zur Versteigerung angemeldet sind 124 Eber des veredelten westfälischen Landschweines im Alter von über 3 Monaten. Prämiierung der Eber und Sauen am 23. 11., mittags 12 Uhr. Der Verkauf der angemeldeten 71 Sauen im Alter von über 3 Monaten findet freihändig statt. Nur von Bauern pp. deckbuchte Schecks werden in Zahlung genommen. — Verkaufsverzeichnisse sind von der Geschäftsstelle in Münster gegen Einsendung von 6.— Mark zu beziehen —

Täglich la Fleisch, Rauchfleisch und Wurst.

W. Lucas.

Rauhe Papiergewebe

jeden Posten, möglichst feine Ware. Bemusterte Offerte an C. C. E. Franke, Berlin-Friedenau, Wilhelm Hauffstr. 17.

Saugas-Anlage ca. 12 PS

für Anthrazit-Feuerung **verkauft wegen** Anschaffung einer größeren Maschine.

Maschinenbau Scholz & Co., Coesfeld,

Besichtigung kann bis Mitte Dezember erfolgen.

Baumaterialien-Handelsgesellsch. sucht unter günstigen Bedingungen

= Fachmann =

mit guten Beziehungen zur Industrie und sonstigen Verbrauchern. Nur erste bestingeführte Kräfte wollen ausführliche Angebote unter „Fachmann" der Geschäftsstelle dieses Blattes einreichen.

...er Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp, **Rheine** i. W.

...56. Reichsbank-Giro-Konot. Postscheck-Konto Cöln 107008

...rledigung aller bankmäßigen Geschäfte.